

D-02-128-2 Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

Antragsteller*in: Awet Tesfaiesus (KV Kassel-Stadt)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 127 bis 128 einfügen:

die Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden. Dafür braucht es mehr Mittel.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass die derzeitige Praxis der syrischen Botschaft zur Passvergabe missbräuchlich ist und lehnen eine Verpflichtung von Geflüchtete, an dieser unzumutbaren und unlauteren Praxis mitzuwirken, ab.

Begründung

Syrien ist nach wie vor von Bürgerkrieg und politischer Instabilität geprägt. Die Menschenrechtssituation unter dem Assad-Regime ist alarmierend. Die Verpflichtung syrischer Geflüchteter, mit diesem Regime für den Passwerb in Kontakt zu treten, stellt zunächst eine indirekte Anerkennung und Unterstützung dieses Regimes dar, was unserer Auffassung von Menschenrechten und Demokratie widerspricht.

Viele syrische Geflüchtete sind vor politischer Verfolgung und Gewalt geflohen. Durch die Kontaktaufnahme mit der syrischen Botschaft setzen sie sich potenziell einer Gefahr aus, da ihre Daten und Informationen an ein Regime weitergegeben werden, vor dem sie geflohen sind.

Die extreme hohe Gebühr von 400 EUR bis 800 EUR für einen nur zwei Jahre gültigen Pass stellt zudem eine unangemessene finanzielle Belastung für Geflüchtete dar. Nicht nur ist diese Handhabungspraxis missbräuchlich, die Summen werden auch noch an ein Regime gezahlt, das für die Notlage dieser Menschen maßgeblich verantwortlich ist. Durch die Datenpreisgabe geraten zudem Familienmitglieder von Geflüchteten in Syrien in Gefahr.

weitere Antragsteller*innen

Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Marcel Emmerich (KV Ulm); Corinna Rüffer (KV Trier); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Max Lucks (KV Bochum); Merle Spellerberg (KV Dresden); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Helge Limburg (KV Holzminden); Mahwish Iftikhar (KV Main-Kinzig); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Jörg Friedrich (KV Odenwald); Susanne Menge (KV Oldenburg-Stadt); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt); Ghalia El Boustami (KV Wolfenbüttel); Amalien Meyer (KV Stade); Cim Kartal (KV Bielefeld); Gilberte Raymonde Mandel-Driesen (KV Mülheim); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); sowie 62 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.